

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 23 | 09.06.2017

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

NEUERSCHEINUNG

Andreas Hauer/Matthäus Metzler (Hrsg),

Schriftsatzmuster Öffentliches Recht 2017

ISBN 978-3-902883-29-2, 5. Auflage, XII und 188 Seiten, Harteinband, 35 EUR // zu beziehen ua über www.pedell.at

I. BUNDESGESETZBLATT

BGBl I 67/2017

Bundesgesetz, mit dem eine **Ermächtigung zur Verfügung über Bundesvermögen** erteilt wird (Überlassung von 30 Stück Nachtsichtferngläsern samt Zubehör entsprechend dem Ersuchen der Republik Serbien zur Unterstützung bei der Durchführung der Grenzüberwachung)

BGBl I 68/2017

Bundesgesetz, mit dem ein **Integrationsgesetz** und ein **Anti-Gesichtsverhüllungsgesetz** erlassen sowie das **Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz**, das **Asylgesetz 2005**, das **Fremdenpolizeigesetz 2005**, das **Staatsbürgerschaftsgesetz 1985** und die **Straßenverkehrsordnung 1960** geändert werden (Schaffung einer bundesweit einheitlichen Gesetzesgrundlage für die Integration von rechtmäßig in Österreich aufhaltigen Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft; Festlegung eines durchgängigen Sprachfördermodells für Asyl- und subsidiär Schutzberechtigte und Asylwerber, bei denen die Zuerkennung des internationalen Schutzes unter Berücksichtigung vorliegender Erfahrungswerte aus den vorangegangenen Kalenderjahren sehr wahrscheinlich ist, zumindest bis zum Sprachniveau A2; Festlegung des verpflichtenden Angebots von Werte- und Orientierungskursen für Asyl- und subsidiär Schutzberechtigte ab dem vollendeten 15. Lebensjahr; Schaffung einer bundesweit einheitlichen Integrationsprüfung für die Module 1 und 2 der Integrationsvereinbarung; gesetzliche Verankerung des Expertenrats für Integration und seiner Aufgaben; Einführung eines umfassenden Integrationsmonitorings und Einrichtung einer Forschungskordinationsstelle; Einführung von Sanktionsmöglichkeiten bei Verstößen gegen die Mitwirkungspflicht bei Integrationsmaßnahmen)

II. AMTSBLATT DER EU

[ABl L 144 v 07.06.2017, 1](#)

Richtlinie (EU) 2017/952 des Rates vom 29. Mai 2017 zur Änderung der Richtlinie (EU) 2016/1164 bezüglich hybrider Gestaltungen mit Drittländern

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

Keine relevanten Entscheidungen im Berichtszeitraum.

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

25.04.2017, [Ra 2016/01/0266](#)

SicherheitspolizeiG; ein Einschreiten iSd § 92a Abs 1 SicherheitspolizeiG liegt bereits dann vor, wenn die Exekutivbeamten ihren bisherigen Dienst unterbrechen und sich zum Einsatzort in Bewegung setzen, um dort spezifisch auf den Fehlalarm (eines mit Alarmanlage gesicherten Objekts) bezogene **sicherheitspolizeiliche Aufgaben** wahrzunehmen; dabei kommt es nicht darauf an, welche Wegstrecke zum Objekt zurückgelegt wurde; bereits die Kontrolle eines Objekts bedeutet einen durch **Fehlalarm verursachten Mehraufwand**, selbst wenn die Beamten bereits vor Ort waren

27.04.2017, [Ra 2015/07/0067](#)

AVG; es ist zulässig, im **Spruch** eines Bescheids auf vom Bescheid **getrennte Schriftstücke oder Pläne** Bezug zu nehmen, deren Aussagen und Darstellungen in den normativen Bescheidinhalt zu integrieren und dadurch zum Inhalt des Bescheids zu machen; es muss also klar erkennbar sein, dass durch die mit dem Verweis bewirkte Rezeption Teil des Spruchs wird; hingegen kann die **mangelnde Bestimmtheit** des Spruchs nicht saniert werden, wenn einerseits eine sprachliche Verknüpfung mit den Inhalten der Schriftstücke oder Pläne fehlt und andererseits eine eindeutige Zuordnung eines bestimmten Schriftstücks nicht möglich ist

03.05.2017, [Ko 2017/03/0001](#)

StarkstromwegeG; **B-VG**; die sachliche **Zuständigkeit des StarkstromwegeG** wird nicht nach der einzelnen Rechtssache bestimmt, da eine Teilung nach organisatorischen Kriterien vom Verfassungsgesetzgeber unerwünscht ist; der Kompetenztatbestand des Art 10 Abs 1 Z 10 B-VG erfasst das Starkstromwegerecht bei Erstreckung auf zwei oder mehrere Länder, aber ist kein Anwendungsfall des Art 102 Abs 2 oder Abs 4 B-VG, sodass es sich um eine Vollziehung in **mittelbarer Bundesverwaltung** handelt

03.05.2017, [Ro 2016/03/0003](#)

Oö JagdG; ein Jagdausübender muss über **die technischen Eigenschaft seiner verwendeten Munition** informiert sein; darunter fällt auch das Abprallverhalten; informiert sich ein Jäger nicht und verwendet er die Munition trotzdem, stellt das eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit iSd § 39 Abs 1 lit a Oö JagdG dar; **kein Rechtfertigungsgrund** liegt in der vermehrten Bewerbung solcher Munition, da dies an den Pflichten des Jägers zum sachgerechten Umgang mit Jagdwaffen nichts ändert; außerdem ist der Eintritt eines tatsächlichen Schadens für den Entzug der Jagdkarte nicht erforderlich

03.05.2017, [Ra 2016/03/0108](#)

TelekommunikationsG; das rechtswidrige **Versenden von Direktwerbung** an einen Empfänger, der seine Einwilligung dazu nicht erteilt hat, ist über einen **längeren Zeitraum** hinweg als fortgesetztes Delikt zu beurteilen; der Tatbestand des § 109 Abs 3 Z 20 TelekommunikationsG erfordert nicht jede einzelne Sendung als selbstständige Tat zu bestrafen, sondern lässt mit der pauschalierenden Tatbildformulierung gerade einen Rückschluss auf die Beurteilung als **einheitliches Delikt** zu

C. VERWALTUNGSGERICHTE

BVwG 23.05.2017, [W228 2158049-1](#)

B-VG; ein Bescheid der **Arbeiterkammer** fällt nicht bloß deswegen in die **Zuständigkeit des BVwG**, weil Art 10 Abs 1 Z 11 B-VG die Gesetzgebung und Vollziehung in Angelegenheiten der Kammern für Arbeiter und Angestellte als Bundeskompetenz listet; dagegen spricht vor allem, dass in Art 102 Abs 2 B-VG keine Angelegenheit hinsichtlich der Kammern für Arbeiter und Angestellte aufgezählt ist und auch keine andere bundesverfassungsrechtliche Bestimmung eine Besorgung unmittelbar durch Bundesbehörden gestattet

LVwG Sbg 01.06.2017, [405-3/167/1/13-2017](#)

Sbg RaumordnungsG; Versagung der **aufsichtsbehördlichen Genehmigung** zur Änderung eines Flächenwidmungsplans mit der Begründung, dass die Änderung in mehreren Punkten dem **Räumlichen Entwicklungskonzept 2007 (REK 2007)** widerspräche; allerdings sind nur jene Ziele und Maßnahmen für die Prüfung einer Änderung des Flächenwidmungsplans heranzuziehen, welche die Flächenwidmung determinieren; weiters ist zu berücksichtigen, ob diese Maßnahmen überhaupt im Wege der Änderung des Flächenwidmungsplans möglich sind; ist dies nicht der Fall, weil die Änderungen zu komplex sind, so kann dieses Ziel auch nicht zur Versagung der Genehmigung herangezogen werden

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[08.06.2017, Rs C-296/15, Medisanus](#)

Vorlage zur **Vorabentscheidung – Öffentliche Aufträge** – Humanarzneimittel – Richtlinie 2004/18/EG – Art 2 und Art 23 Abs 2 und 8 – Art 34 und 36 AEUV – Öffentlicher Auftrag zur **Versorgung eines Krankenhauses** – Nationale Regelung, die eine prioritäre Versorgung der Krankenhäuser mit Arzneimitteln vorschreibt, die aus nationalem Plasma hergestellt wurden – **Grundsatz der Gleichbehandlung**

[08.06.2017, Rs C-541/15, Freitag](#)

Vorlage zur **Vorabentscheidung – Unionsbürgerschaft** – Art 21 AEUV – Recht, sich in den Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten – Staatsangehöriger, der die Staatsangehörigkeit sowohl seines Wohnsitzmitgliedstaats als auch seines Geburtsmitgliedstaats besitzt – **Änderung des Familiennamens** im Geburtsmitgliedstaat außerhalb eines gewöhnlichen Aufenthalts – Dem Geburtsnamen entsprechender Name – Antrag auf Eintragung dieses Namens in das **Personenstandsregister** des Wohnsitzmitgliedstaats – Ablehnung des Antrags – Grund – Erwerb des Namens nicht während eines gewöhnlichen Aufenthalts – Vorhandensein anderer Verfahren im nationalen Recht zur Erlangung der **Anerkennung des Namens**

[08.06.2017, Rs C-580/15, Van der Weegen ua](#)

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – Art 56 AEUV – Art 36 des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum – **Steuerrecht** – Einkommensteuer – Steuerbefreiung für von Banken gezahlte Zinsen, die nur gewährt wird, wenn bestimmte rechtliche Voraussetzungen erfüllt sind – **Mittelbare Diskriminierung** – Banken mit Sitz in Belgien und Banken mit Sitz in einem anderen Mitgliedstaat

[08.06.2017, Rs C-625/15 P, Schniga / CPVO](#)

Rechtsmittel – **Gemeinschaftlicher Sortenschutz** – Antrag auf gemeinschaftlichen Sortenschutz – Apfelsorte ‚Gala Schritzer‘ – Technische Prüfung – Vom Verwaltungsrat des Gemeinschaftlichen Sortenamts (CPVO) erlassene **Prüfungsrichtlinien** – Verordnung (EG) Nr 1239/95 – Art 23 Abs 1 – Befugnisse des Präsidenten des CPVO – Aufnahme eines zusätzlichen Unterscheidungsmerkmals nach der technischen Prüfung – Beständigkeit des Merkmals über zwei **Wachstumsperioden**

08.06.2017, Rs C-689/15, *W F Gözze Frottierweberei und Gözze*

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – **Geistiges Eigentum** – **Unionsmarke** – Verordnung (EG) Nr 207/2009 – Art 9 und 15 – Anmeldung des Zeichens ‚Baumwollblüte‘ durch einen Verein – Eintragung als Individualmarke – Vergabe von Lizenzen für die Benutzung der Marke an die Hersteller von Baumwolltextilien, die Mitglieder des Vereins sind – Antrag auf Nichtigerklärung oder auf Verfallserklärung – Begriff ‚ernsthafte Benutzung‘ – **Hauptfunktion als Herkunftshinweis**

08.06.2017, Rs C-54/16, *Vinyls Italia*

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – **Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts** – **Insolvenzverfahren** – Verordnung (EG) Nr 1346/2000 – Art 4 und 13 – Rechtshandlungen, die die Gesamtheit der Gläubiger benachteiligen – Voraussetzungen, unter denen die fragliche Rechtshandlung angefochten werden kann – Rechtshandlung, für die das Recht eines anderen Mitgliedstaats als des Staates der Verfahrenseröffnung maßgeblich ist – Rechtshandlung, die nach diesem Recht nicht angreifbar ist – Verordnung (EG) Nr 593/2008 – Art 3 Abs 3 – **Von den Parteien gewähltes Recht** – Belegenheit aller Elemente des betreffenden Sachverhalts im Staat der Verfahrenseröffnung – Auswirkung

08.06.2017, Rs C-293/16, *Sharda Europe*

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – Landwirtschaft – **Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln** – Richtlinie 2008/69/EG – Art 3 Abs 2 – Verfahren zur Neubewertung von zugelassenen Pflanzenschutzmitteln durch die Mitgliedstaaten – Frist – Abweichungen zwischen den Sprachfassungen

08.06.2017, Rs C-296/16 P, *Dextro Energy / Kommission*

Rechtsmittel – **Verbraucherschutz** – Verordnung (EG) Nr 1924/2006 – Andere gesundheitsbezogene Angaben über Lebensmittel als Angaben über die **Reduzierung eines Krankheitsrisikos** sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern – Ablehnung des Antrags auf Aufnahme bestimmter Angaben trotz positiver Stellungnahme der Europäischen Behörde für **Lebensmittelsicherheit** (EFSA)

B. SCHLUSSANTRÄGE

08.06.2017, verb Rs C-593/15 P und C-594/15 P, *Slowakische Republik / Kommission (GA Kokott)*

Rechtsmittel – **Eigenmittel der Europäischen Union** – Finanzielle **Haftung der Mitgliedstaaten** – Externes gemeinschaftliches Versandverfahren – **Verlust von Einfuhrzöllen** eines Mitgliedstaats aufgrund eines anderen Mitgliedstaats – Aufforderung der Kommission an den zweiten Mitgliedstaat, den Verlust zu ersetzen – Schreiben der Kommission – Anfechtbarkeit

08.06.2017, Rs C-599/15 P, *Rumänien / Kommission (GA Kokott)*

Rechtsmittel – **Eigenmittel der Europäischen Union** – Finanzielle **Haftung der Mitgliedstaaten** – Externes gemeinschaftliches Versandverfahren – **Verlust von Einfuhrzöllen** eines Mitgliedstaats aufgrund eines anderen Mitgliedstaats – Aufforderung der Kommission an den zweiten Mitgliedstaat, den Verlust zu ersetzen – Schreiben der Kommission – Anfechtbarkeit

08.06.2017, Rs C-214/16, *King (GA Tanchev)*

Sozialpolitik – Art 7 der Richtlinie 2003/88/EG und das Recht auf bezahlten Jahresurlaub – Art 31 der **Charta der Grundrechte** der Europäischen Union bei horizontalen **Rechtsstreitigkeiten zwischen zwei Privatpersonen** – Nichtbestehen einer Möglichkeit zur Wahrnehmung des Rechts auf bezahlten Jahresurlaub während der gesamten Dauer des Arbeitsverhältnisses – Recht eines Mitgliedstaats, wonach der Arbeitnehmer zuerst Urlaub nehmen muss, ehe er in Erfahrung bringen kann, ob eine Urlaubsvergütung gezahlt wird – Art 7 Abs 2 der Richtlinie 2003/88 und das Recht auf eine finanzielle Vergütung für bei **Beendigung des Arbeitsverhältnisses** nicht genommenen Urlaub – Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf

08.06.2017, Rs C-246/16, *Di Maura (GA Kokott)*

Vorabentscheidungsersuchen – **Mehrwertsteuerrecht** – Beschränkung des Rechts der Verminderung der Bemessungsgrundlage bei Nichtzahlung des Vertragspartners (Art 11 Teil C Abs 1 Satz 2 der Sechsten Richtlinie 77/388/EWG bzw Art 90 Abs 2 der Richtlinie 2006/112/EG) – **Umsetzungsspielraum** der Mitgliedstaaten – **Verhältnismäßigkeit** des Zeitraums der Vorfinanzierung durch den Unternehmer

08.06.2017, Rs C-268/16 P, Binca Seafoods / Kommission (GA Bobek)

Rechtsmittel – Verordnung (EG) Nr 834/2007 – **Produktion und Kennzeichnung** von ökologischen/biologischen Erzeugnissen – Verordnung (EG) Nr 889/2008 und Durchführungsverordnung (EU) Nr 1358/2014 – **Rechtsschutzinteresse** – Begriff des eigenen Vorteils

08.06.2017, Rs C-289/16, Kamin und Grill Shop (GA Tanchev)

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – **Landwirtschaft** – ökologische/biologische Erzeugnisse – Kontrollsystem nach der Verordnung (EG) Nr 834/2007 – Art 28 Abs 2 der Verordnung Nr 834/2007 – Begriff des direkten Verkaufs an den Endverbraucher – **Befreiung vom Kontrollsystem**

08.06.2017, Rs C-322/16, Global Starnet (GA Wahl)

Vorabentscheidungsersuchen – Pflicht eines letztinstanzlichen nationalen Gerichts, dem Gerichtshof eine Frage zur Vorabentscheidung vorzulegen – Urteil des Verfassungsgerichts – Beschränkung der **Dienstleistungsfreiheit** – Beschränkung der **Niederlassungsfreiheit** – Erteilung neuer Konzessionen für **Online-Glücksspiel** – Neue Anforderungen für Konzessionäre – Rechtfertigung – **Verhältnismäßigkeit**

08.06.2017, Rs C-490/16, A S / Slowenien (GA Sharpston)

Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – Grenzen, Asyl und Einwanderung – Bestimmung des für die Prüfung des **Asylantrags eines Drittstaatsangehörigen** zuständigen Mitgliedstaats – Kriterien zur Bestimmung des für die Prüfung von Anträgen auf internationalen Schutz zuständigen Mitgliedstaats – Auslegung der Art 12, 13 und 14 der Verordnung (EU) Nr 604/2013 – Auslegung von Art 5 Abs 4 Buchst c der Verordnung (EG) Nr 562/2006

08.06.2017, Rs C-646/16, Jafari (GA Sharpston)

Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – Grenzen, Asyl und Einwanderung – Bestimmung des für die Prüfung des **Asylantrags eines Drittstaatsangehörigen** zuständigen Mitgliedstaats – Kriterien zur Bestimmung des für die Prüfung von Anträgen auf internationalen Schutz zuständigen Mitgliedstaats – Auslegung der Art 12, 13 und 14 der Verordnung (EU) Nr 604/2013 – Auslegung von Art 5 Abs 4 Buchst c der Verordnung (EG) Nr 562/2006

C. GERICHT

Keine relevanten Urteile im Berichtszeitraum.

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

06.06.2017, Beschwerde Nr 50772/11, Erdinç Kurt ua / Türkei

Verletzung von Art 8 EMRK (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); keine hinreichende Möglichkeit für Bf, ihre Ansprüche im Hinblick auf ihr Recht auf körperliche Unversehrtheit infolge einer **dauerhaften Behinderung** aufgrund zweier **missglückter Herzoperationen** im **zivilrechtlichen Verfahren** geltend zu machen; unzureichendes und **mangelhaftes Expertengutachten**, auf das das Gericht die Abweisung der Klage im Fall der Bf stützte

08.06.2017, Beschwerde Nr 4776/08, National Turkish Union und Kungyun / Bulgarien

Verletzung von Art 11 EMRK (Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit); konventionswidrige **Verweigerung** der Anerkennung und Registrierung eines **Vereins** zur Unterstützung der **Rechte der muslimischen Minderheit** in Bulgarien; Antreten bei Wahlen keine Notwendigkeit, um als **politische Partei** anerkannt zu werden; kein Hinweis auf Handlungen des Vereins, die territoriale Integrität oder nationale Einheit gefährden würden, sowie kein Aufruf zu Hass oder Gewalt

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Hofrat Dr. Alfred Grof (Landesverwaltungsgericht Oberösterreich); Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder LL.B., Univ.-Ass. Mag. Claudia Höbarth, Univ.-Ass. Mag. Vaheen Said, Univ.-Ass. MMag. Ranjana Achleitner, Univ.-Ass. Dr. Beate Sündhofer, Univ.-Ass. Mag. Sarah Heiml, Wiss.-Mit. Benedikt Berger.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.